

Hauptausschuss im Rückblick

Sondersitzung
am 07.04.2020



Trotz sitzungsfreier Zeit kam der Hauptausschuss zu einer Sondersitzung zusammen, um sowohl über die aktuellen Hilfsangebote und –maßnahmen der Stadt zu debattieren als auch über die aus der letzten Ratssitzung verschobenen Anträge der Fraktionen zu beraten.

Um die Empfehlung zum Infektionsschutz einhalten zu können, tagte der Hauptausschuss im Ratssaal. So konnten alle Mitglieder genügend Abstand zueinander einhalten und zusätzlich wurden von den Bühnen der Stadt Köln wiederverwendbare Stoff-Masken zur Verfügung gestellt.

Städtische Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise



Im Fokus der Sitzung stand eine Mitteilung der Verwaltung, die einen ersten Überblick über die verschiedenen Hilfsmaßnahmen und Unterstützungen der Stadtverwaltung für die Kölnerinnen und Kölner gab. Insgesamt wurden über 50 Einzelmaßnahmen aufgelistet: Unterstützung von Obdachlosen, verschiedene Notfallfonds für Sportvereine, Kulturschaffende und Livemusikstätten oder der Verzicht auf Sondernutzungsgebühren sind nur einige der Maßnahmen, mit denen die Stadt hilft.

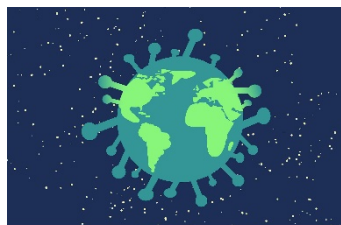
Wir GRÜNE haben die Maßnahmen des Krisenstabes von Beginn an konstruktiv begleitet und durch eigene Vorschläge unterstützt. Alle Dezernate tragen ihren Teil dazu bei, die Auswirkungen auf die Kölnerinnen und Kölner so gering wie möglich zu halten. Wir werden auch in den nächsten Wochen schauen, in welchen Bereichen ggf. noch Verbesserungsbedarf herrscht und dies in die entsprechenden Gremien tragen. Für uns ist weiterhin wichtig, dass die soziale und kulturelle Vielfalt und Infrastruktur nicht nur in der Krise,

sondern auch darüber hinaus erhalten bleibt. Denn Strukturen, die einmal weggebrochen sind, lassen sich nicht so einfach wieder aufbauen.

Die [komplette Mitteilung gibt es hier](#) zum nachlesen.

Aktuelle Informationen gibt es auch auf der städtischen Webseite www.corona.koeln

Finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie



Mit einer [zweiten Mitteilung](#) berichtete die Kämmerin, welche finanziellen Auswirkungen die Stadt Köln aufgrund der Corona-Pandemie zu bewältigen hat. Neben erhöhten Ausgaben für Hilfsmaßnahmen muss ebenfalls der Wegfall von Einnahmen kompensiert werden. Hinzu kommen noch diverse Ertragsausfälle auf Seiten der städtischen Unternehmen, wie z.B. der Messe, den Bädern oder den Sportstätten. Klar ist, dass wir

dies als Stadt nicht alleine stemmen können, weshalb wir auch weiterhin auf einen kommunalen Rettungsschirm von Land und Bund drängen. Im Hauptausschuss wurde dementsprechend eine von allen demokratischen Fraktionen unterstützte Resolution verabschiedet, die folgende Anforderungen an einen kommunalen Rettungsschirm enthält:

- Schnelle finanzielle Hilfe für die Kommunen
- Berücksichtigung aller Städte und Gemeinden
- Absicherung der kommunalen Unternehmen

Antrag von SPD, CDU; GRÜNE, LINKE und FDP: Konzept für die Höhenentwicklung zukünftiger Bauvorhaben für den Bereich der „Inneren Stadt“



Bereits 2007 hat Köln ein differenziertes und wegweisendes Regelwerk zur Höhenentwicklung in der Innenstadt, um den Dom und im Bereich der Ringe entwickelt. Seither haben sich allerdings die Rahmenbedingungen für die städtebauliche Entwicklung in der Innenstadt und den angrenzenden links- und rechtsrheinischen Stadtteilen teils deutlich verändert. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen und vor dem Hintergrund

eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden ist es notwendig, die bisherigen Regeln für den historischen Kern um ein Konzept für die Höhenentwicklung im Bereich der Inneren Stadt zu ergänzen und klare Kriterien zu entwickeln, wo in der Stadt Hochpunkte entstehen können und wie diese zu nutzen sind. [Gemeinsamer Antrag](#)

Antrag der Ratsgruppe GUT: Kommunalwahl NRW verschieben – Appell an Landesregierung



Wegen der weiterhin anhaltenden Schutzmaßnahmen können auch parteipolitische Veranstaltungen nicht stattfinden. Dies hat die Ratsgruppe GUT dazu veranlasst, einen Appell an das Land zu beantragen, dass die Kommunalwahlen verschoben werden sollen. Da momentan aber noch nicht absehbar ist, wie lange die von Land und Bund verordneten Schutzmaßnahmen andauern werden, ist es auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, seriöse Aussagen über eine mögliche Verschiebung des Wahl zu

treffen. Die jetzigen Räte und Oberbürgermeister*innen sind nur noch bis zum 31.10. im Amt, eine Verschiebung der Wahl ist daher auch nicht so einfach möglich. Der [Antrag](#) wurde zur

weiteren Beratung in die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 20. April vertagt, bis dahin soll es auch weitere Informationen der Landesregierung geben.

Antrag von SPD, CDU, GRÜNE, LINKE, FDP, GUT und Einzelmandatsträger*innen: Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat

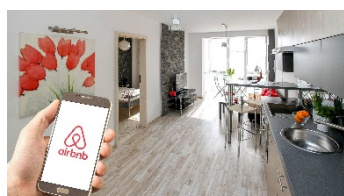


Die unverzeihlichen Vorgänge in Thüringen bilden eine Zäsur im politischen Umgang mit Rechtspopulisten und –radikalen in der Bundesrepublik. Sie zeigen deutlich, dass die demokratischen Kräfte gut daran tun stets wachsam zu bleiben und gemeinsam Garant dafür zu sein, Rechtsradikalen keinen Raum, kein Gehör und vor allen Dingen keine Macht widerstandslos zuzugestehen. Keine Kooperation, kein Beschluss mit Stimmen rechter Parteien im Kölner Rat, keine Bühne für Inszenierungen rechtspopulistischer Parteien und Gruppen - keine Normalität im Umgang mit Rechtsextremen. Die sich daraus ergebende Praxis hat sich bewährt. Der [Beschluss](#) entspricht unserer langen demokratischen Tradition einzutreten für Vielfalt, Freiheit, Menschenrechte, Weltoffenheit - erst recht ein gutes Zeichen in Zeiten von Corona, wo Solidarität und Zusammenstehen in besonderer Weise gefragt sind.

Besonders wichtig ist auch der letzte Satz der Resolution: „Grundsätzlich nehmen die Mitglieder der antragstellenden Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger an keinen Podiumsdiskussionen mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppen teil.“

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=93602&voselect=21497

Antrag der SPD: Ferienwohnungen regulieren – Anzeige- und Registrierungspflicht einführen – Verstöße sanktionierbar machen!



Das Thema Wohnraumzweckentfremdung wurde in den letzten Jahren immer wieder auch am Beispiel von AirBnB diskutiert. Durch die im letzten Jahr beschlossenen Verschärfung der Wohnraumschutzsatzung ist die Stadt Köln hier schon einen Schritt weiter gekommen, um Wohnraum auch für die Kölnerinnen und Kölner zu erhalten und nicht für Touristinnen

und Touristen zur Verfügung zu stellen. Die noch erforderlichen Nachbesserungen, nämlich die Einführung einer Anzeige- und Registrierungspflicht hingegen muss auf Landesebene geregelt werden. Da sich der Rat aber bereits mehrfach hierfür ausgesprochen hatte und die Stadt Köln sich auch im Städtetag bereits in diesem Sinne einbringt, wurde der [SPD-Antrag](#) für erledigt erklärt. Letzendlich handelte es sich auch bei diesem Antrag einmal wieder um den Versuch, sich durch das nochmalige Beschließen von bereits beschlossenen Dingen als die vermeintlichen Treiber der Wohnungspolitik zu profilieren.

- [Die komplette Tagesordnung der Sitzung inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer